

**Pressestelle
des Verwaltungsgerichts
des Saarlandes**



66740 Saarlouis, 27.01.2023

Ansprechpartner:

Verwaltungsgericht:

Herr Schmit: 06831 – 447-116

Herr Schwarz 06831 – 447-110

Telefax: 06831 – 447-163

Informationen auch unter: www.vgds.saarland.de

Geschäfts-Nr.: 1271

Bitte bei allen Schreiben angeben!

Terminvorschau Februar 2023

Verwaltungsgericht des Saarlandes

Die Liste gibt einen vorläufigen Überblick - vorbehaltlich weiterer Ladungen und möglicher Terminaufhebungen - über die öffentlichen Verhandlungen des Verwaltungsgerichts. Sie ist - gegebenenfalls unter Berücksichtigung von Terminänderungen - auf der Homepage des Verwaltungsgerichts unter www.vgds.saarland.de nachzulesen.

01.02.2023	Sitzungssaal III
<p>10:00 Uhr 3 K 1141/22 A. u.a. – RAin. Dr. Heinrich / RAin. Günther ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Das Verfahren betrifft die Klage eines nigerianischen Staatsangehörigen, dem bereits in Italien internationaler Schutz zuerkannt worden ist. Streitgegenstand des Verfahrens ist die Frage, ob der Kläger im Rahmen der sog. Drittstaatenregelung nach Italien zurückgeführt werden kann oder ob die dortigen Verhältnisse dies nicht zulassen.</p>	

03.02.2023	Sitzungssaal I
<p>08:30 Uhr 6 K 142/21 Y. – RAe. Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>09:30 Uhr 6 K 70/21 A. – RAe. Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Die beiden Verfahren betreffen Asylklagen türkischer Staatsangehöriger.</p>	

07.02.2023

Sitzungssaal I

09:15 Uhr

6 K 727/21

Y. – RAe. Adam und Dahm - ./.. Landesverwaltungsamt -Zentrale Ausländerbehörde-

Der Kläger, ein in Deutschland geborener türkischer Staatsangehöriger, wendet sich mit seiner Klage gegen seine Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland infolge wiederholter Straffälligkeiten. Zuletzt wurde der Kläger u. a. wegen Geldfälschung, Diebstahls sowie gefährlicher Körperverletzung zu einer Jugendstrafe von einem Jahr und 10 Monaten verurteilt. Der Kläger macht geltend, dass er trotz seiner Straffälligkeiten als sog. faktischer Inländer anzusehen sei.

10:00 Uhr

6 K 639/20

A. – RAin. Lang - ./.. Landesverwaltungsamt -Zentrale Ausländerbehörde-

Der Kläger, ein syrischer Staatsangehöriger, reiste im November 2015 in die Bundesrepublik Deutschland ein und wurde nachfolgend vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge als Flüchtling anerkannt. Mit Urteil vom 18.04.2018 wurde er vom Landgericht Saarbrücken wegen zweier besonders schwerer Raubtaten in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von 7 Jahren verurteilt. Mit seiner Klage wendet sich der Kläger gegen seine infolge dieser Verurteilung erfolgten Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland. Zur Begründung macht der Kläger geltend, dass er sich in Therapie befinde und von ihm nach deren erfolgreichen Abschluss keine Gefahr mehr ausgehe.

11:30 Uhr

6 K 1405/20

J. ./.. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken

Mit ihrer Klage begehrt die Klägerin ihre Umsetzung in eine andere Obdachlosenunterkunft.

08.02.2023

Sitzungssaal I

09:15 Uhr

5 K 162/22

L. – RA. Bienko - ./.. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken -

Der Kläger begehrt mit seiner Klage die Verpflichtung des Beklagten, ihm seine Erlaubnis zur Fahrgastbeförderung zu verlängern.

10:00 Uhr

5 K 853/21

K. – RAe. Rapräger- ./.. Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Saarbrücken -UBA-

Die Klägerin begehrt mit ihrer Klage die Erteilung der von ihr beantragten Befreiung von Festsetzungen des Bebauungsplans zum Bau eines Schwimmbeckens und einer Stützwand mit Erdanschüttung.

10:45 Uhr

5 K 52/22

M. u.a. – RAin. Brehm - ./.. Landkreis Merzig-Wadern –UBA-
Beigeladen: M. u.a.

Die Kläger wenden sich mit ihrer Klage gegen eine den Beigeladenen erteilte Baugenehmigung zur Errichtung eines Wohnhauses.

13:00 Uhr

5 K 888/21

C. – RA. Schröder - ./.. Regionalverband Saarbrücken –UBA-
Beigeladen: L. GmbH

Streitgegenstand der Klage ist die der Beigeladenen erteilte Baugenehmigung für ein Mehrfamilienhaus.

10.02.2023**Sitzungssaal I****09:30 Uhr**

9 K 769/21

Personalrat –RA. Dr. Dönneweg- ./.. Saarl. Klinik für forensische Psychiatrie – Rae. Kropp,
Haag, Hübinger-

Streitgegenstand des personalvertretungsrechtlichen Verfahrens ist die Frage, ob der Kläger von dem Beteiligten Einsicht in die Bruttolohn- und -gehaltslisten aller Arbeitnehmer der Dienststelle mit Ausnahme der Leitenden Angestellten verlangen kann.

10:30 Uhr

9 K 186/21

Kreisstadt Neunkirchen ./.. 1. J. –RA. Dr. Dönneweg-
2. Personalrat
3. Jugend- und Auszubildendenvertretung

Die Klägerin begehrt in dem personalvertretungsrechtlichen Verfahren die Feststellung, dass ein Arbeitsverhältnis zwischen ihr und dem Beteiligten zu 1) mit Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses nicht begründet worden ist, hilfsweise die Auflösung des Arbeitsverhältnisses.

10.02.2023**Sitzungssaal II****10:00 Uhr**

3 K 128/22

H. – RA. Thönes - ./.. Oberbürgermeister der Kreisstadt Saarlouis

Der Kläger wendet sich mit seiner Klage gegen einen Bescheid des Beklagten, mit dem er zu weiteren Schmutzwassergebühren herangezogen wird.

15.02.2023	Sitzungssaal I
<p>09:00 Uhr 5 K 1053/22 V. – RAe. Adam und Dahm - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>10:00 Uhr 5 K 373/22 N. – RAe. Adam und Dahm - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>10:30 Uhr 5 K 625/22 S. – RAe. Adam und Dahm - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>11:00 Uhr 5 K 333/22 H. – RAin. Lang - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Die ab 09.00 Uhr zu verhandelnden Verfahren betreffen Asylklagen afghanischer Staatsangehöriger.</p>	

21.02.2023	Sitzungssaal I
<p>09:00 Uhr 6 K 584/21 P. – RAin. Lang - ./.. Landesverwaltungsamt –Zentrale Ausländerbehörde-</p> <p>Der Kläger, ein iranischer Staatsangehöriger, ist im Jahr 2006 in die Bundesrepublik Deutschland eingereist. Mit Bescheid des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge vom 03.12.2008 wurde ihm die Flüchtlingseigenschaft zuerkannt. Aufgrund einer Verurteilung wegen versuchten Totschlages in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung durch das Landgericht Saarbrücken vom 22.03.2012 wurde ihm eine ausländerrechtliche Verwarnung erteilt. Nachdem der Kläger auch in der Folgezeit strafrechtlich in Erscheinung getreten und zuletzt vom Amtsgericht Saarbrücken mit Urteil vom 17.01.2019 wegen versuchter räuberischer Erpressung in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren verurteilt worden war, wurde er von dem Beklagten aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen. Hiergegen wendet sich der Kläger mit seiner Klage.</p> <p>09:45 Uhr 6 K 161/22 E. – RAe. Dr. Neumeier & Nobert - ./.. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge –Zentrale Ausländerbehörde für Migration und Flüchtlinge</p> <p>Das Verfahren betrifft die Asylklage eines türkischen Staatsangehörigen.</p>	

24.02.2023	Sitzungssaal I
<p>09:30 Uhr 2 K 2032/19 D. – RA. Hoor - ./.. Ministerium für Finanzen und Wissenschaft</p>	

Der Kläger, ein im Ruhestand befindlicher Finanzbeamter, verlangt mit seiner Klage von dem Beklagten den Ausgleich materieller und immaterieller Schäden wegen Verletzung der Fürsorgepflicht.

Verantwortlich: Christoph Schmit